



Die Arbeitszeitrichtlinie bekommt eine neue Chance

EU-Parlament stärkt Arbeitnehmerrechte

Presseerklärung der EUCDA , Brüssel, 18.12.2008

Das Europäische Parlament hat bei seiner Plenarsitzung in Straßburg am 17. Dezember 2008 mit der Annahme des Berichts zur Arbeitszeitrichtlinie eines der wichtigsten sozialpolitischen Projekte dieser Legislaturperiode eine gute Entscheidung getroffen. Dies ist nicht zuletzt dem geschlossenen Auftreten der Arbeitnehmergruppe in der EVP-ED zu verdanken, die einmal mehr ihrer Verantwortung für die Arbeitnehmerinteressen gerecht wurde.

Bei der Abstimmung im Plenum stand viel auf dem Spiel. Die Mitgliedstaaten hatten sich am 15. September auf einen Gemeinsamen Standpunkt geeinigt, mit dem wesentliche Aspekte der Arbeitszeitgestaltung neu geregelt werden sollten. Zum einen ignorierten sie die Vorgabe des EuGH bei der Neudefinition des Bereitschaftsdienstes, der nun nicht mehr in Gänze als aktive Arbeitszeit gelten sollte. Und zum anderen einigten sie sich – ungeachtet der Proteste von Gewerkschaften, der EVP-ED-Arbeitnehmergruppe und der EUCDA – auf die Verlängerung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf bis zu 65 Stunden. Hatte sich in den anschließenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament eine Einigung beim Bereitschaftsdienst abgezeichnet, blieben die Positionen bei der Wochenarbeitszeit unüberbrückbar. Schuld daran hat das „opting-out“, mit dem die bislang anerkannte Höchstgrenze von 48 Stunden Arbeitszeit pro 6-Tage-Woche auch ohne die Zustimmung der Sozialpartner unterlaufen werden kann. Die EUCDA hatte eine Neuregelung verlangt, die dem Schutz der Gesundheit und der Sicherheit des Arbeitnehmers sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entspricht und die notwendige Arbeitszeitflexibilität an Tarifverträge bindet.

Bei der Abstimmung im Plenum hat sich einmal mehr gezeigt, dass die Arbeitnehmerinteressen in der EVP ernst genommen werden. Das gemeinsame Vorgehen von EUCDA und Gewerkschaften, die Verhandlungsführung von EUCDA-Präsident Elmar Brok und eine Mehrheit von deutlich über 400 Stimmen gegen das opting-out haben nicht nur das europäische Sozialmodell gestärkt. Sie sind auch Belege dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft ein Herzstück der christdemokratischen Identität ist. Nun gilt es, das so Erreichte im Konsens mit dem Rat abzusichern und die überfällige Revision der Arbeitszeitrichtlinie zu einem guten Abschluss zu führen. Besonderer Dank gilt dem EVP-ED-Berichtersteller Jose Silva Peneda, Ria Oomen-Ruijten, Gabriele Stauner und Csaba Öry.

Die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) besteht aus 24 Arbeitnehmerorganisationen aus 18 Ländern und ist eine Vereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP). Tel 0032 2 285 4164, Fax 0032 2 285 4141, e-mail: eucdw@epp.eu, homepage: www.eucdw.org